

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

Zu TOP 3 unter Zuladung des Ausschusses für
Wirtschaft, Energie und Betriebe

62. Sitzung
9. Februar 2026

Beginn: 09.31 Uhr
Schluss: 11.36 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0171](#)
Zukunftsstandort Bayer – Entwicklung des
Forschungsareals mit Geschichte im Zentrum
Berlins WissForsch
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0195](#)
Kooperationen der Charité in der Pharmaforschung WissForsch
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung zu a) und b)

Ich begrüße Herrn Staatssekretär Dr. Fischer von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Vielen Dank, dass Sie da sind, denn Wissenschaft und Wirtschaft tagen heute zusammen.

Zu den Besprechungspunkten führen wir eine Anhörung durch, zu der ich herzlich willkommen heiße: Herrn Prof. Dr. Kroemer, Vorstandsvorsitzender der Charité – Universitätsmedizin Berlin, Herrn Prof. Dr. Spranger, Dekan der Charité – Universitätsmedizin Berlin, Herrn Dr. Alfred Merz, Chief Executive Officer der ProBioGen AG, sowie Herrn Tobias Helmstorf, Global Senior Public Affairs Director Lead Cell and Gene Therapies der Bayer AG, und Herrn Lars Lindemann, VP / Global Principal Public Affairs Pharma der Bayer AG. Herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass Sie da sind und uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen. Ich stelle fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere den Liveübertragungen und Bild- und Tonaufnahmen, einverstanden sind. – Herzlichen Dank für Ihre Zustimmung!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Vielen herzlichen Dank! – Möchte eine Vertreterin oder ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Besprechungspunkt zu 3 a begründen? – Frau Dr. Lasić, Sie haben das Wort!

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank! – Ich mache es kurz, denn Sie sind unsere Stars heute, die wir gern anhören wollen. Wir haben im parlamentarischen Raum immer wieder sehr anspruchsvolle Debatten über Public-private-Partnership – PPP – und vor allen Dingen die Herausforderungen von PPP, und da vergisst man leicht, dass es durchaus Blaupausen gibt, die positive Auswirkungen haben. Ich glaube, dass das Center for Gene and Cell Therapies ein Beispiel dafür ist, wie öffentliche und private Hand hier hervorragend zusammenarbeiten.

Wir wollten das heute in aller Ruhe in der Anhörung hören, denn man spricht immer bei verschiedenen Veranstaltungen und so weiter darüber, in verschiedenen Rahmen, und heute wäre der Rahmen, in dem Sie uns darin einführen, was aus Ihrer Sicht die Chancen dieser Zusammenarbeit sind und in dem Sie auch gern kommunizieren können, was Sie von uns als öffent-

licher Hand auf dem Weg dahin brauchen. Daher freue ich mich auf die entsprechenden Berichte, und wir sind gespannt!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Möchte die Fraktion Die Linke den Besprechungspunkt zu 3 b begründen? – Das ist der Fall. – Herr Schulze, Sie haben das Wort!

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank! – Ich will mich der Kollegin Dr. Lasić anschließen. Wir haben das noch einmal ein bisschen erweitert, weil die Charité nicht nur mit Bayer Kooperationen hat, sondern auch mit vielen anderen Institutionen und Firmen aus diesem Bereich. Deswegen freuen wir uns, wenn die Charité auch insgesamt darstellen kann, welche Bedeutung diese Kooperation mit der Pharmaindustrie und mit forschenden Pharmaherstellern für den gesundheitlichen, gesundheitspolitischen beziehungsweise wissenschaftlichen Fortschritt hat und was wir als Politik dazu beitragen können, um Berlin als Gesundheitsstandort weiter nach vorn zu bringen. Denn zum Schluss sollen alle etwas davon haben, was wir als Stadt Berlin investieren. – Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, uns Rede und Antwort zu stehen!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Sie haben circa fünf Minuten Zeit für Ihr Eingangsstatement, also fünf Minuten für die Charité, fünf Minuten für die Bayer AG und fünf Minuten für Herrn Dr. Merz von der ProBioGen AG. Wenn Sie sich nicht anders geeinigt haben, würden wir in der Reihenfolge vorgehen, wie Sie sitzen, wenn das für Sie okay ist. Danach stellen die Abgeordneten ihre Fragen, und Sie haben anschließend ohne Zeitbegrenzung die Möglichkeit, auf die gestellten Fragen zu antworten. Das heißt, Sie müssten sich die Fragen notieren. – Herr Prof. Dr. Kroemer! Wenn Sie mögen, dürfen Sie starten. Sie haben das Wort!

Dr. Heyo K. Kroemer (Charité): Frau Vorsitzende! Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, wieder einmal hier zu sein und zu einem Thema zu sprechen, das wir für zukunftssträchtig halten, nämlich den Standort Bayer inklusive der Entwicklung eines Forschungsareals im absoluten Zentrum Berlins.

Kurz zum Hintergrund: Als ich vor bald sieben Jahren hierherkam, gab es eine ganz explizite Aufgabe, nämlich Berlin zu Boston zu machen, und da kann man sich die nüchterne Frage stellen: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Boston und Berlin? – Das haben wir uns sehr genau angesehen. Ein ganz zentraler Unterschied zwischen Boston und Berlin lag in der Art und Weise, wie die akademischen und industriellen Bereiche miteinander gearbeitet haben. Wenn Sie durch Boston gehen, finden Sie an fast jeder Ecke Gebäude, die gemeinsam von Harvard und anderen universitären Teilen mit industriellen Unternehmungen erstellt sind. Das heißt, man hat dort Einrichtungen, die dauerhaft angelegt sind, und das war zum damaligen Zeitpunkt ein zentraler Unterschied in der Art der Kooperation, weil es diese Form von Interaktion in der Bundesrepublik sehr selten gab.

Was wir im Rahmen der klinischen Studien hatten – das besprechen wir nachher noch –, sind Zusammenarbeiten in bestimmten Themen, die extrem wichtig sind, die aber alle zeitlich befristet waren, über bestimmte Zeithorizonte nicht hinaus gingen und von vornherein auf einen limitierten Zeitraum angelegt waren. Wenn man das anders machen will – und das ist, wie Frau Abgeordnete gerade sagte, fundamental unterschiedlich zur konventionellen PPP – und sich überlegt, dass man in eine dauerhafte Interaktion mit einem industriellen Partner gehen

möchte, dann braucht man zwei Dinge: Man braucht einen vernünftigen Partner, und man braucht ein vernünftiges Thema – und beides haben wir gefunden.

Der Partner ist mit Bayer eines der größten deutschen Unternehmen, wo wir auch noch das Glück haben, dass ein erheblicher Teil der Aktivitäten dieses Konzerns tatsächlich in Berlin stattfindet und auch erhebliche Mengen an Menschen beschäftigt sind. Dazu kommt, dass der Kollege, der weltweit für die Pharmageschäfte von Bayer zuständig ist, also praktisch der Oberste im Vorstand im Pharmabereich, seinen dauerhaften Sitz hier in Berlin hat. Das heißt, da kommen verschiedene Dinge zusammen, die wir so nicht beeinflussen konnten, die aber dazu beigetragen haben, dass wir hier einen für Berliner Verhältnisse absolut ungewöhnlichen Partner haben.

Das Thema, auf das wir uns sehr schnell verständigt haben, war Zell- und Gentherapie. Warum das so relevant ist und warum das exakt in das Setting der Charité passt, wird Ihnen Herr Prof. Spranger gleich darstellen. Wir haben uns also mit dem Partner Bayer sehr schnell darauf einigen können, eine gemeinsame GmbH zu gründen, in der in diesem Fall die Charité die Mehrheit hält. Das ist auch durch den Aufsichtsrat gegangen. Ich mache den kleinen Schritt zur Seite, dass Sie diese Form von Interaktion mit der Industrie in sehr naher Zukunft noch häufiger sehen werden. Ich begründe das auch gleich. Wir bereiten im Moment eine ganze Reihe solcher Aktivitäten vor.

Das Thema dieser Zell- und Gentherapie ist deswegen so relevant, weil es eines der zentralen zukünftigen Entwicklungsfelder ist und weil es parallel aktuell in die Klinik kommt. Wir machen aktuell in unserer Kinderklinik die Vorbereitung für die erste Gentherapie bei einem Kind mit Sichelzellanämie. Da können Sie eine Situation erreichen, dass Sie ein Kind in jungen Jahren lebenslang heilen können. Das ist praktisch der höchste ethische Anspruch, den Sie in der Medizin haben. Das funktioniert durch diese Genschere, diese CRISPR/Cas-Geschichte, wo im Übrigen die Erfinderin zumindest auch auf dem Campus der Charité sitzt. Das heißt, hier geht es nicht um eine Thematik, die sehr weit weg von der Klinik ist, sondern es geht um etwas, das in den nächsten Jahren in die Anwendung kommt und das mit die höchste Wertschöpfung haben wird.

Ich kann Ihnen dazu eine kleine Anekdote sagen: Mitte letzten Jahres ist in den USA, in Philadelphia, ein Kind mit einem tödlichen Gendefekt auf die Welt gekommen. Dieser Kleine konnte kein Ammoniak ausscheiden. Die Amerikaner haben innerhalb von vier Monaten für dieses einzelne Kind eine individuelle Gentherapie entwickelt, haben dieses Kind heilen können und dann – das hätten wir nicht gemacht – beim Super Bowl vorgeführt. Das gibt einen Eindruck davon, wo Medizin in der Zukunft hingehet und dass wir genau mit dieser Thematik an einem Punkt sind, der absolut zukunftssträchtig ist.

Es ist selbstverständlich – zurück zu meinem Boston-Vergleich vom Anfang –, dass es einen extrem intensiven internationalen Wettbewerb gibt. Ich war die letzten vier Tage in Shanghai und habe mir angesehen, wie künstliche Intelligenz in China in die aktuelle Medizin integriert wird. Wir müssen uns wirklich anstrengen, wenn wir in diesem internationalen Wettbewerb bestehen wollen. Dazu bietet diese Aktivität einen Anlass.

Ich möchte es abschließend in einen weiteren Rahmen stellen: Wenn Sie sich ansehen, was in Shanghai, Kopenhagen oder Stockholm passiert, haben Sie überall die Situation, dass Struktu-

ren in der Biomedizin geschaffen werden, die solche Einrichtungen in gewissen Stadtteilen zusammenfassen. Kopenhagen macht das aktuell. Das ist sehr interessant anzusehen. Mit dem Bayer Campus hat Berlin eine praktisch einmalige Chance, zwischen der Charité in Mitte und der assoziierten Humboldt-Universität und unserem Virchow-Klinikum eine durchgehende Linie eines biomedizinischen Campus zu erstellen, der mitten in einer Stadt liegt, in der Sie ansonsten eigentlich kaum Platz haben. Dazu haben Sie noch dieses Unternehmen in der Mitte, das ebenfalls daran interessiert ist – also eine strukturelle Weiterentwicklung dieses Bayer Campus. Das geht jetzt ein bisschen über das hinaus, was ich hier sagen sollte. Das wäre etwas, was wirklich wünschens- und entwicklungswert wäre.

Wir werden in den detaillierten Antworten, glaube ich, noch darauf eingehen, was wir im Moment mit der Industrie zusammen machen. Ich möchte das auch gern nüchtern einordnen. Wir haben schon ganz erhebliche Reduktionen der staatlichen Zuführungen an die Charité gesehen. Wenn wir unser Niveau halten wollen, müssen wir das in irgendeiner Form ausgleichen. Das heißt, wir kümmern uns sehr systematisch um Interaktionen mit der Privatwirtschaft – aus inhaltlichen Gründen, aber ganz klar auch aus den Gründen, in Zukunft ausfallende staatliche Mittel ein kleines Stück kompensieren zu können, weil wir sonst das Niveau, auf dem sich die Charité bis jetzt bewegt, nicht halten können. – Das wären meine kurzen einführenden Worte. Danke, dass Sie mir zugehört haben!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann setzen wir fort mit Herrn Prof. Dr. Spranger.

Dr. Joachim Spranger (Charité): Vielen Dank! – Guten Morgen auch von mir in die Runde! Ich will ganz kurz allgemeiner anfangen, weil auch Industriestudien generell angefragt waren. Die Charité hat insgesamt ein Drittmittelvolumen von 292 Millionen Euro im Jahr 2025, davon 57 Millionen Euro durch Kooperationen mit der Industrie. Wir machen an der Charité derzeit etwa 600 klinische Studien, davon sind 500 klinische Studien in Kooperation mit der Industrie und unter Sponsorschaft der Industrie. Das ist für uns, um das klar zu sagen, eine wichtige Interaktion, weil wir natürlich den Wunsch haben, dass wir die Erkenntnisse, die wir generieren, am Ende auch tatsächlich an den Markt und den Patienten bringen, und das passiert typischerweise in klinischen Studien. Diese Phase-III-Studien – das ist der Großteil der Studien, die wir da machen – sind etwas, was wir allein als akademisches Zentrum nicht leisten können. Das heißt, das muss derzeit fast zwingend in Kooperation mit der Industrie laufen.

Dann will ich kurz auf den Schwerpunkt Gen- und Zelltherapie eingehen. Dazu hat Herr Prof. Kroemer schon einiges gesagt. Ich will noch einmal einordnen, warum wir dieses Thema so wichtig finden. Das sind Therapien, die jetzt wirklich schon beim Patienten ankommen. Ich will als Beispiel einmal die onkologischen Therapien nehmen. Da haben wir sogenannte CAR-T-Zellen. Das sind Zellen, die spezifisch für einzelne Tumorarten gemacht werden und sogar individualisiert für einzelne Patienten gemacht werden können. Damit können heute Tumore geheilt werden, die noch vor ungefähr fünf bis zehn Jahren innerhalb von einem Jahr zum Tode geführt haben. Das ist eine Entwicklung, die wirklich atemberaubend ist.

Das andere Beispiel der Seltenen Erkrankungen ist gerade schon genannt worden. Das ist insofern besonders, als hier wirklich individuelle Therapien gemacht werden. Das heißt, für dieses Baby wird spezifisch eine Therapie gemacht. Das Besondere daran ist nicht nur, dass es geschafft wird, sondern auch der Zeitraum: Vom Zeitpunkt der Diagnose, der in etwa, ich glaube, August 2024 war, bis die Therapie gestartet wurde, waren es wenige Monate. Das ist etwas, das wir bedenken müssen, wenn wir gleich zu den Wünschen kommen, die wir noch äußern dürfen.

Bei uns an der Charité haben wir in den letzten Jahren viel in Richtung Gen- und Zelltherapie investiert. Wir haben eine eigene GMP-Facility in einem neuen Forschungshaus, das im März eröffnet wird und das dann auch für Gen- und Zelltherapie, aber im Wesentlichen für Forschungszwecke zur Verfügung stehen wird. Wir haben im Umfeld von Berlin ein wirklich fantastisches wissenschaftliches Umfeld, auch mit außeruniversitären Instituten wie dem Max-Planck-Zentrum und dem Max-Delbrück-Centrum, die diese präklinische Pipeline darstellen, wo neue Targets, neue Zielstrukturen identifiziert und entsprechende Therapien entwickelt werden können, die wir dann in die Anwendung bringen. Jetzt mit Bayer – darauf sind wir sehr stolz und freuen uns über diese Kooperation – besteht die Möglichkeit, dass wir dann auch Ausgründungen aus der Charité und aus diesem gesamten Umfeld in Inkubatorstrukturen bringen können – mit entsprechenden GMP-Facilities, wo diese Therapien so weit entwickelt werden können, dass sie in den Markt gehen und damit einer Breite an Patienten zur Verfügung stehen.

Sie haben nach Wünschen gefragt, das will ich noch kurz aufgreifen. Damit wir über Jahre hinweg solche strategischen Entwicklungen machen können, ist für uns eine stabile Finanzierung entscheidend. Das ist für uns ein absolut entscheidender Punkt. Der zweite Punkt ist aber mindestens genauso wichtig: Ich habe das mit dem Stoffwechseldefekt des Babys erwähnt. Das waren wenige Monate. Wir brauchen Entbürokratisierung an dieser Stelle. Wir brauchen Regeln. Wir verstehen natürlich, dass Sicherheit bei solchen Therapien entscheidend ist, aber wir brauchen trotzdem Regeln, die uns ermöglichen, solchen Kindern zu helfen. Diese Kinder sind auch bei uns, wir sehen sie auch in der Kinderklinik. Wir würden sie auch gern in dieser Form therapieren, aber um ein Beispiel zu nennen: Damit wir das BeCAT, das ist das neue Forschungsgebäude, mit einer ersten Genehmigung an den Start bekommen, haben wir einen Verlauf von etwa eineinhalb Jahren, und da ist noch nicht eine Therapie am Patienten. Das heißt, wir haben hier eine gemeinsame Aufgabe, die Regeln so zu verändern, dass wir am Ende ein bisschen schneller in die Therapien kommen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist jetzt Herr Dr. Merz an der Reihe, der auch eine Präsentation mitgebracht hat.

Dr. Alfred Merz (ProBioGen AG): Guten Morgen! Ich freue mich, dass ich hier unser Unternehmen, die ProBioGen AG, vorstellen darf.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen, das es schon seit über 30 Jahren hier am Standort Berlin gibt, ursprünglich hervorgegangen aus einem Start-up der Charité. Wir sind ein Dienstleister für forschende Pharmaunternehmen, kleinere Start-ups und größere Konzerne weltweit. Wir unterstützen diese Unternehmen bei der Entwicklung von biotechnologischen

Arzneimitteln. Wir sind etwa 300 Mitarbeitende hier in Berlin-Weißensee. Wir haben Labore und Produktionsanlagen, um diese Produkte herzustellen.

Unsere Kunden arbeiten im Bereich präklinische Forschung, klinische Forschung, Phase I und II aktiv. Unsere Anlagen sind darauf ausgerichtet. Wir sind nicht aufgestellt, um Marktversorgung durchzuführen. Wenn ein Produkt Marktreife erlangt hat, gehen unsere Kunden zu größeren Dienstleistern oder stellen die Produktion im eigenen Hause her. Unsere Kunden kommen aus der ganzen Welt, ein Großteil aus den USA – aus besagten Gründen steht dort viel Forschungskapital zur Verfügung –, aber auch aus Europa, Deutschland und Asien.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier ein kurzer Überblick über die Technologien. Das Hauptgeschäft sind therapeutische Proteine. Das sind im Wesentlichen Antikörper, aber auch zunehmend modifizierte Strukturen. Die Moleküle werden immer komplexer, und es ist extrem inspirierend für unser Team, dass wir an der modernsten Forschung, die weltweit geschieht, partizipieren können, indem wir mit unseren Technologien und unseren Anlagen diese Unternehmen unterstützen.

Der zweite Bereich sind virale Vektoren, zum einen für Vakzine. Das ist nach wie vor ein spannendes Thema. Wir schauen zum Beispiel auch, ob wir im Bereich Mpxv einen Beitrag leisten können. Zu anderen sind das virale Vektoren für Gen- oder Zelltherapie, wo diese Vektoren auch verwendet werden. Dazu haben wir im Laufe des letzten Jahres eine neue Produktionsanlage in Betrieb genommen. Neu kommt der Auftrag hinzu, das Berlin Center for Gene and Cell Therapies – BC GCT – im Bereich ATMP, Advanced Therapy Medicinal Products, zu unterstützen. Das sind Gen- und Zelltherapien, sehr verwandte Prozesse zu dem, was wir heute schon machen, aber, sagen wir, noch einen Schritt weiter. Es kommt das Individualisierte hinzu. Die Zelle selbst ist das Produkt und nicht nur das Vehikel, um das Arzneimittel herzustellen. Wir haben in einem Bieterverfahren den Zuschlag bekommen, im Berlin Center for Gene and Cell Therapies diese GMP-Facility zu betreiben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sehen Sie ein erstes Layout. Wir werden in dem Gebäude, das dort entsteht, eine Etage mit Produktion und eine weitere Etage mit Qualitätskontrolllaboren belegen, damit die Mieter des Zentrums auf kürzestem Weg ihre Produkte entwickeln, skalieren und dann auch für präklinische Studien, also noch nicht am Menschen, und klinische Studien, wo es dann wirklich an den Patienten geht, herstellen können. Die Anlage, die wir planen, erfüllt alle diese Anforderungen, und wir arbeiten da eng mit dem LAGeSo zusammen. Wir haben das Layout bereits präsentieren können. Auch da sind wir darauf angewiesen, dass wir auf kurzem Wege zusammenarbeiten können, weil das LAGeSo letztendlich grünes Licht geben muss. Wir haben aber eine lange Tradition an unserem bestehenden Standort und arbeiten sehr gut zusammen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was wird entstehen? – Eine Produktionsanlage in unmittelbarer Nähe zu den forschenden Unternehmen. Wir werden eine breite Palette an Technologien anbieten. Das ist so im Dienstleistungsvertrag hinterlegt. Das fordert uns als Unternehmen. Wir müssen uns auch auf der Forschungs- und Technologieseite auf dieses Mandat gut vorbereiten, nicht nur auf der bauli-

chen Seite. Dazu haben wir aber noch die nächsten zwei, drei Jahre Zeit. Es werden sehr anspruchsvolle Arbeitsplätze hier in Berlin entstehen. Viele unserer Mitarbeitenden sind promoviert. Wir werden dadurch auch noch mehr Austausch mit den Mietern des Hauses bekommen, aber auch mit anderen forschenden Unternehmen, die unsere Anlagen benutzen können. Damit können wir einen großen Beitrag leisten, dass diese modernen therapeutischen Ansätze auch wirklich an Patienten kommen. Darauf sind wir sehr stolz. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen herzlichen Dank! – Dann setzen wir mit Herrn Helmstorf von der Bayer AG fort. – Sie haben das Wort!

Tobias Helmstorf (Bayer AG): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Staatssekretäre! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung hier in den Ausschuss und die Möglichkeit, die Entwicklung bei uns am Campus vorzustellen, aber auch die Kooperation mit ProBioGen und der Charité in diesem Bereich. Ich werde zunächst etwas zu Bayer hier in Berlin sagen. Da wurde schon einiges erwähnt, aber ich nenne noch ein paar Zahlen und Fakten, die vielleicht für Sie interessant sind. Dann werde ich etwas zu den Entwicklungen bei uns am Campus und auch etwas zur Kooperation mit der Charité im Bereich des Berlin Center for Gene and Cell Therapies sagen.

Bayer hat, wie schon erwähnt, seinen Hauptsitz des globalen Pharmageschäfts hier in Berlin. Wir sind seit 1851 in Berlin verankert. 1864 ist an dem Campus die erste chemische Fabrik entstanden. Bayer zählt zu einem der größten Arbeitgeber hier in Berlin, mitten in der Hauptstadt. Das muss man, glaube ich, immer wieder einmal betonen. Wir haben mehr als 5 000 Beschäftigte, überwiegend in der Produktion, in der Forschung und in der Entwicklung. Wir haben insgesamt auch mehr als 180 Auszubildende am Standort hier in Berlin. Das Unternehmen ist hier in der Forschung in den Bereichen Onkologie, Radiologie, Immunologie, Neurologie und auch im Bereich der Seltenen Erkrankungen tätig. Wir haben eine große Herstellungsanlage, in der jeden Tag 50 Lkws Berlin verlassen, um Medikamente aus Berlin in alle Welt zu liefern. Hier stellen wir vor allen Dingen verschreibungspflichtige Medikamente aus den Bereichen Onkologie, Frauenheilkunde, Augenheilkunde und der Radiologie her.

Berlin ist für uns ein wichtiger Forschungs- und Produktionsstandort. Prof. Kroemer hat es schon gesagt: Herausragend hier am Campus ist die Nähe. Das sehen wir als ganz essenziell an. Dass wir in Berlin aktiv sein dürfen, ist ein unglaublicher Vorteil. Nähe – Proximity wird in Boston immer gesagt – ist ein großes Asset, das wir in Berlin haben. Nur einmal zur Einordnung: Man braucht tatsächlich weniger als zehn Minuten, um von Mitte bis zum Bayer Campus und dann weiter bis zum Campus Virchow-Klinikum zu gelangen. Damit haben wir einen wirklich großartigen Standortvorteil, den wir nutzen sollten.

Zur Zukunft des Bayer Campus: Die Bayer AG plant, ihren Forschungs-, Produktions- und Verwaltungsstandort in Berlin zu einem international ausstrahlenden Gesundheitscampus auszubauen, wir sagen dazu auch Life Science Campus. Dazu wurde vor knapp zwei Jahren eine Absichtserklärung zwischen dem Land Berlin und der Bayer AG unterschrieben. Wir verstehen den Standort, den Campus, als eine Art Nukleus, als Kern, um diese biotechnologische Achse weiter zu entwickeln. Im Zuge dieser Campusedwicklung werden die Flächen des Campus-Areals der Bayer AG komplett neu konfiguriert. Das heißt, wir werden dort unsere Prozesse neu sortieren und aufstellen. Wir werden vor allen Dingen darauf setzen, dass Wis-

senschaft und Forschung, Start-ups, Partnerinstitutionen und weitere Akteure aus der Gesundheitswirtschaft, zum Beispiel auch die ProBioGen, künftig am Campus oder in der Nähe des Campus ein Umfeld für intensive Zusammenarbeit finden. Wir haben schon gehört, dass es eine der essenziellen Voraussetzungen ist, dass diese verschiedenen Akteure zusammenarbeiten können, um Innovationen in dem Bereich der Pharma- und Biotechnologien voranzubringen.

Wir gehen davon aus, dass circa 2 000 bis 3 000 neue Arbeitsplätze auf dem Campus und im Umfeld entstehen können. Dazu gab es, bevor wir mit dem Projekt begonnen haben, eine WifOR-Studie, die sich den Erwerbstätigenmultiplikator in der Pharma- und Biotechbranche in Berlin angeschaut hat. Ich glaube, das sind Zahlen, die man nennen sollte, denn Pharma hat einen Erwerbstätigenmultiplikator von 2,67. Das heißt, auf jede Tätigkeit in diesem Bereich kommen fast drei zusätzliche Tätigkeiten im Umfeld. In der Biotechnologie sieht es ähnlich aus, nämlich 2,6. Das sind hervorragende Bedingungen, wenn man sich einmal die Auswirkungen dieser Achse auf die Arbeitsplätze in Berlin anschaut.

Der Bayer-Standort wird sich also im Zuge dieser Entwicklung baulich verändern. Es werden zusätzliche Räume für Labore, für Produktion, aber auch für den wissenschaftlichen Austausch entstehen. Wenn Sie den Bayer Campus gesehen haben, dann gibt es zurzeit Mauern und Zäune rund um den Campus. Wir werden das in eine andere Richtung entwickeln, und Teile dieses Campus werden sich auch dem umliegenden Stadtraum öffnen. Dazu sind wir in einem intensiven Dialog mit dem Bezirk Mitte, Frau Lasić weiß das. Zentrale Teile der Produktion werden wir dabei auf das westliche Areal jenseits der Fennstraße konzentrieren.

Die im Zuge dieser Standortentwicklung geplanten Maßnahmen sind aus unserer Sicht ein Bekenntnis der Bayer AG für Berlin als globale Unternehmenszentrale der Pharma-Division und auch ein Bekenntnis zu Deutschland als Innovationsmotor und wichtiger Standort für die Pharma- und Gesundheitsindustrie. Gleichwohl müssen aus unserer Sicht weitere Punkte aus der Absichtserklärung zwischen dem Land Berlin und der Bayer AG mit geeinten Kräften weiter vorangetrieben werden, und ich schaue da vor allen Dingen auf den Bereich der Regulierung. Prof. Spranger hat schon das Thema Bürokratie genannt. Ich glaube, dass man noch ein bisschen stärker herausarbeiten kann, was ganz entscheidende Themen sind, die wir hier im Land Berlin angehen sollten, damit wir diesen internationalen Standort gemeinsam entwickeln können. Weitere Themen sind auch die Ansiedlungspolitik und natürlich das gemeinsame Werben für den Standort.

Ein paar Informationen zum Berlin Center for Gene and Cell Therapies: Die ProBioGen AG ist unser neuester Partner in diesem Projekt. Herauszuheben ist, dass es sich um ein gemeinsam mit der Charité und dem Berlin Institute of Health initiiertes Projekt handelt, also einer Public-private-Partnership. Zu den Organisationsstrukturen wurde schon etwas gesagt. Wir verstehen dieses Projekt als einen erheblichen Beitrag, um den Gesundheitsstandort Deutschland und Berlin zu stärken. Unsere Ziele von damals – diese sollte man noch einmal benennen – sind, dass wir gemeinsam die Translation, also die Übertragung von Innovationen, von neuen Ideen und Ansätzen aus der Akademie in die klinische Anwendung beschleunigen und vor allen Dingen auch erfolgreich gestalten wollen.

Wir wollen Berlin zu einem weltweit führenden Biotechökosystem für diese neuartigen Therapien entwickeln, und aus meiner Sicht ist dieses neue Gebäude mehr als nur ein neues For-

schungsgebäude. Es ist nämlich der Nukleus, also der Kern, für ein Ökosystem in diesem Feld, das wir gemeinsam weiterentwickeln wollen. Das Zentrum vereint Forschung, Entwicklung und Produktion. Es ist also keine akademische Forschungsanlage, sondern es geht darum, Start-ups optimale Bedingungen zu bieten, um ihre eigenen Therapien, ihre Ideen jenseits der akademischen Einrichtung zu entwickeln. Wir gehen davon aus, dass das Zentrum so eine nahtlose Schnittstelle für die Translation dieser neuartigen Therapien ist, von der praktischen Forschung bis zur klinischen Anwendung.

Wir möchten uns vor allen Dingen auch beim Berliner Senat und dem Abgeordnetenhaus für die umfassende Unterstützung in den vergangenen Jahren bedanken, auch beim Bezirk Mitte natürlich. Ich möchte betonen, dass die Baugenehmigung in weniger als sechs Monaten erteilt wurde. Das ist eine Zahl, die man immer wieder nennen kann. In Berlin geht es also auch schnell. Der Senat fördert das Projekt einmal mit 10 Millionen Euro aus dem Hause von Frau Czyborra und mit weiteren 20 Millionen Euro GRW-Förderung aus dem Hause von Staatssekretär Fischer.

Ein Plädoyer, das ich noch halten möchte, ist: Wir müssen diese Forschungsexzellenz unseres Landes, also Deutschlands, nutzen. Deutschland und insbesondere Berlin sind in vielen Bereichen der Forschung wirklich exzellent, aber unsere große Herausforderung ist: Wir schaffen es oftmals nicht, diese Innovationen aus der Forschung in Wertschöpfung zu übersetzen und diese auch zu skalieren. Der Effekt ist: Start-ups werden zwar gegründet, aber sie wandern dann ziemlich schnell in andere Länder ab. Hauptsächliches Ziel waren bisher die USA. Das hat viele Ursachen, aber am stärksten wirkt die strategische Schnelligkeit. Wir sind einfach zu langsam. Auch das Manifestieren von Silostrukturen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist durch unser Projekt, unser gemeinsames Vorgehen, glaube ich, das erste Mal durchbrochen worden. Ein Faktor ist ebenfalls das Thema Regulatorik.

Erstens: Wir müssen also schneller werden, strategische Entscheidungen in verschiedenen technologischen Schlüsselbereichen zu treffen. Ich blicke hier auf die Hightech-Strategie der Bundesregierung. In Berlin sollten wir dieses Zusammenspiel von Biotechnologie, KI, also künstlicher Intelligenz, und Sensorik in den Blick nehmen und das Berlin Center for Gene and Cell Therapies in diesem Bereich inhaltlich und strategisch weiterentwickeln.

Zweitens: Aus unserer Sicht ist eine reflexhafte Verunglimpfung von Kooperationen und Co-Development-Modellen zwischen Wissenschaft und Industrie sowie neuen Public-private-Partnership-Ansätzen ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können, vor allen Dingen nicht als innovationsgetriebener Standort. Die Frage lautet daher eigentlich: Wie können wir diese Kooperationen gezielt fördern und auch incentivieren?

Drittens: Das Land Berlin sollte weiter daran arbeiten, die Attraktivität des Standorts in diesem Bereich zu erhöhen. Wir brauchen aus unserer Sicht ernsthafte regulatorische Reformen, um diesen erfolgreichen globalen Innovations- und Pharmastandort zu bauen. Folgende Maßnahmen würden wir vorschlagen, die sich der Senat und das Abgeordnetenhaus zeitnah anschauen sollten, um diese Attraktivität zu erhöhen:

Man könnte im Bereich des LAGeSo, also des Landesamts für Gesundheit und Soziales, eine Genehmigungsfiktion einführen. Die Herausforderung ist tatsächlich, dass Genehmigungen in diesem Bereich viel zu lange brauchen. Wir haben das schon am Beispiel des BeCAT gehört,

aber auch die private Wirtschaft ist davon betroffen. Wir sollten außerdem das Thema Verbandsklagerecht im Tierschutz angehen. Frau Senatorin Giffey hat das im Pharmagespräch des Landes Berlin vor wenigen Wochen zum Thema gemacht. Inspektionen durch das Land Berlin sollten kompakt durchgeführt werden und nicht in vielen kleinen Schritten. Man muss auch dazu kommen, dass das LAGeSo auf digitale Tools, Werkzeuge und Anwendungen zurückgreift und beispielsweise Unternehmen die Möglichkeit gibt, Vorhabenstände online oder digital nachzuverfolgen. Man kann auch darüber sprechen, dass dieser ganze Bereich vielleicht einmal in einer zentralen Bundesbehörde zusammengeführt wird. Ich weiß, dass das eine Grundgesetzänderung voraussetzt und das in der gegenwärtigen politischen Situation schwierig ist, aber aus unserer Sicht sollte man diese Diskussion vielleicht einmal über den Bundesrat anstoßen.

Noch zwei wichtige Themen: Das Landesamt für Gesundheit und Soziales ist aus unserer Sicht in seiner Struktur und in der Verortung im Berliner Senat zu hinterfragen. Man sollte sehen, ob man einen neuen Ort findet, wo das Landesamt agiler und flexibler agieren kann. Schließlich noch ein Thema, das uns wirklich am Herzen liegt, nämlich das Thema Ausbildungsplatzabgabe: Aus unserer Sicht ist diese kontraproduktiv für Unternehmen in Berlin, und wir würden dafür plädieren, sie nicht einzuführen. – Vielen Dank und wir freuen uns auf die Diskussion!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Herr Lindemann! Wenn Sie noch ergänzen wollen, wäre jetzt die Gelegenheit.

Lars Lindemann (Bayer AG): Erst einmal möchte ich nichts ergänzen. Wir antworten dann gern auf Ihre Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Alles klar. Vielen herzlichen Dank! – Dann lese ich einmal die Redeliste vor: Bisher stehen Herr Schulze, Frau Dr. Lasić, Frau Gebel und Herr Trefzer darauf. Dann beginnen wir mit Herrn Schulze.

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön für Ihre Ausführungen! Das war sehr interessant. Wir haben den zufälligen Umstand, dass sowohl die Kollegin Neugebauer und die Kollegin Dr. Lasić als auch ich unseren Wahlkreis dort haben, wo der Standort von Bayer ist. Wir sind im regelmäßigen Austausch dazu, wie es mit Bayer im Wedding weitergeht, wie die Beschäftigten dort unterkommen und zu vielen anderen Fragen. Wir haben auch einen kleinen Konflikt über den Abriss der sogenannten Bayer-Häuser im Mettmannkiez, aber dazu sind wir ebenfalls im dauerhaften Austausch und freuen uns, wenn Lösungen gefunden werden, die langjährigen Mieterinnen und Mieter, die dort wohnen, gut unterzubringen. Aber das ist kein Thema für den Wissenschaftsausschuss.

Ich finde es wichtig, noch einmal zu erwähnen, dass Bayer der einzige große industrielle Player ist, den wir in Berlin haben, und der, wie schon gesagt wurde, in der Mitte der Stadt liegt. Zwischendurch, vor etwa 15 Jahren, gab es durchaus einmal die Debatte darüber, ob Bayer Schering ganz aus Berlin weggeht oder ob der Standort geschlossen werden soll. Dass er jetzt so wächst und nach vorn geht, ist ein sehr hoffnungsvolles Zeichen für die industrielle Landschaft in unserer Stadt.

Daran würden sich auch meine Fragen an Sie anschließen, nämlich wie es damit weitergeht und wie die konkreten Umstände sind. Sie haben schon die Entbürokratisierung angesprochen. Dazu gab es ein paar konkrete Vorschläge. Herrn Prof. Spranger habe ich so verstanden, dass es ihm bei der Entbürokratisierung um baurechtliche Fragen geht. – Nein. Vielleicht können Sie dann noch erläutern, was auf Charité-Seite mit Entbürokratisierung gemeint ist. Das fände ich wichtig, damit wir das für uns mitnehmen können.

Dann habe ich gesehen, dass der Anteil der Charité an dem neuen Center 67 Prozent beträgt, und Bayer ist mit 33 Prozent dabei. Vielleicht können Sie noch sagen, wie die Steuerung dort weitergeht, wie dieses Center vor dem Hintergrund dieser Mehrheitsverhältnisse in Zukunft administriert werden soll und was das für die Charité finanziell heißt. Denn das ist der Teil, der für uns interessant wird, also die Frage, wie viel Geld notwendig ist, wie viel Geld die Charité dort hineinsteckt.

Sie haben gerade schon erwähnt, dass das im Kern ein Start-up-Inkubator ist, wo auch Produktion stattfinden soll. Da habe ich die Frage, woher diese Start-ups kommen, die Sie dort ansiedeln wollen. Wir kennen den älteren Start-up-Inkubator von Bayer. Den habe ich mir auch einmal angeschaut, das war superspannend. Da sagen alle das Gleiche, nämlich dass das Umfeld und die Räume, die dort zur Verfügung gestellt werden, ganz essenziell sind, denn sie könnten sonst in Berlin nicht arbeiten und müssten woanders hingehen. Können Sie sagen, woher diese Start-ups kommen? Sind auch Ausgründungen aus der Charité selbst dabei? Ist es das Ziel, auch aus der Wissenschaft selbst Ausgründungen in dieses Zentrum zu holen, oder kommen sie ganz woanders her, international?

Letzter Punkt von meiner Seite: Wie ist das mit den IP-Rechten geregelt? Wir haben hier ein öffentlich-privates Zentrum. Die Start-ups, die dort hineingehen, erhalten im Kern auch eine öffentliche Förderung. Wie verständigen Sie sich über die IP-Rechte? Hat Bayer direkten Zugriff darauf, oder hat die Charité eigene IP-Rechte, die dort verwendet werden? Ich habe gesehen, dass das auch Gegenstand der vertraglichen Regelungen war, die zwischen der Charité und Bayer getroffen worden sind. Vielleicht können Sie noch erläutern, was mit dem gewonnenen Wissen in den Start-ups passiert und welche Assets für die Charité dabei herauspringen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann ist jetzt Frau Dr. Lasić an der Reihe.

Dr. Maja Lasić (SPD): Vielen Dank! – Meine Fragen werden sich zum Teil mit dem überschneiden, was Herr Schulze gesagt hat, nur vielleicht in anderen Worten. Aber dafür ist Politik ja bekannt, dasselbe auch einmal anders zu sagen.

Ich fange mit einer Verständnisfrage an: Wenn das Zentrum entstanden ist und vor allen Dingen ein Inkubator für Start-ups wird, wie stellt man sich das als wissenschaftlicher Laie handwerklich vor? Über wie viele Start-ups sprechen wir? Wie ist die Form der Nutzung? Wie ist die Form der Zusammenarbeit, welche Prozesse gibt es und so weiter? Wie sieht das Leben vor Ort in dem Gebäude aus, und was können wir uns davon erhoffen?

Eine Frage an Herrn Kroemer: Sie haben das vorhin – ich formuliere es einmal so – als Blaupause für zukünftige Kooperationen vorgestellt. Können Sie uns ein Gefühl dafür geben, was die Kriterien sind, anhand derer Sie diese Kooperationen aussuchen? Hier ist es sehr nahelie-

gend gewesen. Gen- und Zelltherapie ist einfach ein Sektor, in dem sich die Zusammenarbeit an dieser Schnittstelle anbietet. Was sind die Kriterien, anhand derer Sie zukünftig die Bereiche aussuchen werden, damit das funktioniert?

Die letzte Frage ist auch an die Charité gerichtet: Decken sich aus Ihrer Sicht die Bereiche der Entbürokratisierung, die Sie als notwendig erachten – Prof. Spranger hat es thematisiert –, mit dem, was Herr Helmstorf gesagt hat? Oder sind es andere Bereiche, in denen Sie sich die Entbürokratisierung wünschen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Danke schön! – Dann ist jetzt Frau Gebel an der Reihe.

Silke Gebel (GRÜNE): Ich freue mich sehr, dass wir heute im Ausschuss über dieses tolle Projekt sprechen und es begleiten, denn ich glaube, dass das für die Standortentwicklung von Berlin zentral ist, auch für die Frage, wie wir zukünftige Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand sichern.

Ich habe es immer so verstanden, dass einer der Dreh- und Angelpunkte ist, dass das, was erforscht wird, auch in die Umsetzung kommt und krankenkassenabrechnungstauglich ist. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. Ich habe es so verstanden, dass das auch ein Kern dieses Projekts ist, dass Sie sich das gleich mit anschauen, dass es schnell und nicht erst in zehn Jahren in die Versorgung kommt.

Anknüpfend an Herrn Prof. Dr. Kroemer: Sie haben das Beispiel aus Amerika gebracht und gesagt, dass Sie das gern kopieren würden – abzüglich des Super Bowls. Sie haben von diesen vier Monaten gesprochen. Wenn Sie das auf Berlin oder auf Deutschland übertragen: Was braucht es, damit man in vier Monaten in der Lage ist, so eine Lösung herzustellen? Ich habe es immer so verstanden, dass diese Gen- und Zelltherapie die Möglichkeit birgt, dass ich niedrigschwellig passgenau eine Heilungsmöglichkeit biete. Ist das Problem, dass ich jedes Mal, wenn ich das anwende, den gesamten Prozess einer Medikamentenlösung durchlaufen muss – Sie haben eben diese Tierschutzfragen angesprochen –, oder müssen Sie die Technologie einmal mit einem Tierversuch erproben? Ich habe gedacht, dass man das, wenn man einen Durchbruch bei dieser neuen Therapie hat, im Zweifel gar nicht mehr braucht, und dass man darüber Zeit gewinnt. Vielleicht können Sie das noch einordnen.

Bis auf Herrn Dr. Merz haben alle von Bürokratieabbau gesprochen. Das ist so eine schöne Formulierung, aber dann ist die Frage ganz konkret: Was müsste man an welcher Stelle tun? Was kann das Land machen? Was muss der Bund machen? Was sind die EU-Regeln? Wie kann man das tatsächlich effizienter gestalten? Wo müssen Sie vielleicht Prozesse optimieren? Man muss es konkret machen, um es optimal hinzubekommen.

Die Frage nach den Rechten, der Verwertung und wo der Profit bleibt, die Herr Schulze schon gestellt hat, würde mich auch interessieren. Die Frage steht schon im Raum. Wenn Sie mir diese Bemerkung gestatten, Herr Helmstorf: Sie haben gesagt, Sie würden sich mehr Kooperationen wünschen. Ich glaube, man muss jedes Mal schauen, an welcher Stelle es passt und ob es dem Standort Berlin etwas bringt. Da muss man aber genau schauen, wer profitiert. Unter dem Strich müssen alle profitieren, aber für den politischen Raum, wenn wir auch Steuergeld hineingeben, ist natürlich die Frage, was mit den Verwertungsrechten et cetera ist.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Dr. Merz. Sie stellen diese Laborplätze bereit und haben eben auch gesagt, dass Sie Kundinnen und Kunden aus der ganzen Welt haben. Stellen Sie fest, dass die internationale Zoll- und Handelspolitik schon Auswirkungen hat? Wir reden hier ja auch über einen Wettbewerb um Köpfe. Eigentlich wäre es toll, wenn es eine internationale Freihandelssituation gäbe, aber unser Ziel für den Standort Berlin muss sein, dass wir die besten Köpfe hierherbekommen. Merken Sie, dass es eine zunehmende Agilität von diesen internationalen Köpfen gibt? Führt das dazu, dass sie bereit sind, sich nach Berlin zu orientieren? Wenn nein, was müssten wir noch mehr dafür tun, und wenn ja, was haben wir schon gut gemacht und können wir noch besser machen?

Anknüpfend daran: Herr Kroemer und Herr Spranger waren schon häufiger hier und haben auch über die Kürzungen an der Charité gesprochen, was durchaus eine Auswirkung hat. Stabile Finanzierung ist ein Punkt, vielleicht können Sie dazu noch etwas berichten.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist jetzt Herr Trefzer an der Reihe.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Statements! Großartig, kann man da nur sagen, wie sich der Forschungsstandort, der Translationsstandort und auch der Pharmastandort entwickelt haben, wie stark sich auch Bayer hier eingebracht hat und wie stark Sie hier auftreten. Ich kann das nur noch einmal unterstreichen: Berlin zu Boston zu machen – das hat auch der Regierende Bürgermeister gesagt –, ist auf jeden Fall der richtige Ansatz. Staatliche Mittel zu kompensieren – das haben Sie gesagt, Herr Prof. Kroemer –, teilen wir auch, und auf jeden Fall Forschung, Universitäten und Industrie stärker zu verzahnen. Das einmal vorausgeschickt, kommen jetzt noch ein paar kritische Nachfragen, weil das auch unsere Aufgabe als Abgeordnete ist.

Das Allgemeine ganz kurz vorweg: Herr Prof. Kroemer! Sie haben die Beispiele der Kinder genannt. Deswegen gleich diese allgemeine Frage zur ethischen Einordnung: Daran sind immer Diskussionen geknüpft oder in den vergangenen Jahren auch schon geführt worden, beispielsweise zu Designbabys oder wie man Dinge vielleicht schon pränatal analysiert. Es ist ein ganzer Strauß an ethischen Fragen, die damit im Zusammenhang stehen. Gibt es irgendeine Form der ethischen Flankierung dieses Projekts, oder wie beschäftigen Sie sich im Rahmen dieses Projekts mit diesen Fragen?

Dann zur juristischen und wirtschaftlichen Konzeption des Ganzen: Wenn ich es richtig verstanden habe, beziehen sich die Anteile von 67 Prozent der Charité und 33 Prozent der Bayer AG auf die Gene and Cell Therapies Incubator Berlin GmbH. Habe ich das richtig verstanden? Wie muss man sich dann die Struktur beim BC GCT vorstellen, bei so vielen Partnern? Wie werden da Entscheidungen getroffen? Wer hat die Entscheidungsgewalt? Wie wird bei konkurrierenden Interessen zwischen Charité und privatem Unternehmen, die man sich durchaus vorstellen kann, verfahren? Das ist ja keine GmbH. Wie ist die Struktur in diesem BC GCT insgesamt zu verstehen?

Es gab das Memorandum of Understanding zwischen dem Land Berlin, also zwischen dem Senat, und der Bayer AG, in dem sehr allgemein darauf rekurriert wurde, den Life Science Campus zu entwickeln – Stärkung von Translation, Start-ups, Industrie- und Wissenschaftskooperationen. Mich würde interessieren, was über diese allgemeinen Festlegungen hinaus vielleicht an konkreteren vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Beteiligten getroffen wurde. Wie sieht der rechtliche Rahmen aus? Welche Pflichten seitens der Kooperationspartner wurden vereinbart? Natürlich auch: Wie soll es bei der Verwertung der gewonnenen Erkenntnisse weitergehen? Das ist ein bisschen kompliziert, die Frage ist auch schon mehrfach in den Raum gestellt worden. Diese Start-ups gehören teilweise zu Bayer, aber sie kommen auch von außen, sie kommen auch aus der Charité. Wer wählt das aus? Wer steuert, wer sich dort einmieten kann, wer Zugang zu dieser Infrastruktur bekommt, die auch von staatlicher Seite finanziert wird? Zu welchen Bedingungen mieten sich die Unternehmen und Forscher ein? Wer bekommt die Räume? Wie wird das geregelt?

Dann noch einmal zur Finanzierung: Wir haben gehört, dass der Bund sich hier mit 76 Millionen Euro über zehn Jahre verpflichtet hat. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, Herr Dr. Fischer, wie die Verpflichtungen des Landes über diesen Zeitraum aussehen. Wie sieht die Gesamtfinanzierung aus und darüber hinaus auch die Kostenverteilung, Folgekosten und die Risikoteilung für die Zukunft, wenn diese Mittel durch den Bund und durch das Land ausgelaufen sind? Wie sieht die langfristige Struktur aus? Soll sich das dann alles rein privatwirtschaftlich tragen, oder wie sind die Perspektiven für dieses Projekt?

In diesem Zusammenhang eine Frage zur Messbarkeit des Erfolgs über diese gesteckten Ziele wie Life Science Campus und Verstärkung von Translation hinaus: Gibt es über die Absichtserklärungen hinaus Zielgrößen, was Sie an Umsatz generieren wollen? Wie viele Start-ups wollen Sie anschieben? Was wollen Sie da auch in wirtschaftlichen Größenordnungen erreichen? Es wurden Arbeitsplätze genannt. Das Ökosystem dieses Campus ist natürlich ein komplexes Gebilde. Da kann man nicht einfach sagen, das und das sind die Zielgrößen, das leuchtet mir ein. Aber vielleicht gerade von der Bayer AG: Welche unternehmerischen Ziele haben Sie da? Wie lässt sich das vielleicht quantifizieren, was Sie in diesen Standort investieren, und was Sie letzten Endes an Return aus diesem Standort ziehen wollen?

Es war zu beobachten, dass Sie in den vergangenen Monaten wieder viel Erfolg hatten, gerade im Pharmabereich. Die Börse hat das seit November sehr stark honoriert. Es gibt tolle Erfolge im Bereich Schlaganfallmedizin. Das sind Überlegungen, die bei Ihnen sicherlich eine Rolle spielen, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie eine Aktiengesellschaft sind. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, was das für Sie als Unternehmen im Gesamtkonzern bedeutet und welches Gewicht das hier in Berlin für Sie hat. – Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Jetzt ist Frau Brauner an der Reihe und dann noch einmal kurz Frau Gebel. – Frau Brauner!

Kerstin Brauner (CDU): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir begrüßen die Entwicklung an dem Standort und die Arbeitsplätze, die dort vorhanden sind und zukünftig entstehen werden. Sie sagten, dass voraussichtlich 2 000 bis 3 000 neue Arbeitsplätze entstehen werden. Das begrüßen wir natürlich sehr, genauso wie die Entwicklung, die Sie ansprachen, dass jeder Arbeitsplatz 2,6 bis 2,7 weitere Arbeitsplätze im Umfeld entstehen lässt. Daran schließt die Frage an, ob es eine Prognose gibt, ob auch neue Ausbildungsplätze entstehen. Wenn ja, in welcher Größenordnung könnte das geplant sein?

Wie gesagt, wir freuen uns sehr, dass diese gute und weitreichende Entwicklung in Berlin stattfindet, die an Boston angelehnt ist, und dass Kindern und auch allen weiteren Menschen mit neuen Zell- und Gentherapien geholfen werden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann hat sich Frau Gebel noch einmal gemeldet.

Silke Gebel (GRÜNE): Ich habe eine Frage vergessen, und zwar: Herr Helmstorf! Sie haben davon gesprochen, dass Biotech und KI in den Fokus genommen werden sollten. Können Sie das noch ausbuchstabieren? Es gab außerdem letzte Woche die Information, dass die DMEA nach München geht. Hat so eine Entscheidung, dass eine digitale Leitmesse im Gesundheitsbereich den Standort Berlin wechselt, für Sie eine Relevanz, oder sagen Sie: Berlin oder München, das ist ziemlich egal?

Ich würde gern die Wirtschaftsverwaltung, wenn wir sie heute schon einmal hierhaben, aber auch die Gesundheitsministerin fragen, wie es dazu kommen konnte, dass die europaweit größte digitale Gesundheitsmesse, von der zumindest viele Berliner Unternehmen profitiert haben, nach München geht und wir parallel eine kleine Konkurrenzveranstaltung in Berlin machen – was vielleicht nicht ganz so gut funktioniert, um uns als digitalen Gesundheitsstandort zu prä-

sentieren. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wo wer falsch abgebogen ist und wieso Sie das nicht verhindert haben. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Bevor wir in die Antwortrunde kommen, hat sich der Senat gemeldet, und die Senatorin hat das Wort.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP): Vielen herzlichen Dank! – Auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank an alle Anzuhörenden! Das ist ein großartiges Thema, das wir heute hier haben. Ich betone immer wieder gern, dass zu den besonderen Freuden meines Amtes die Zuständigkeit für die Charité gehört, und heute ist wieder einmal deutlich geworden, welche Relevanz unsere weltweit erfolgreichste Wissenschaftsinstitution in dieser Stadt hat, nicht nur für den Gesundheits- und Wissenschaftsstandort, sondern weit darüber hinaus, auch für die Wertschöpfung. Es gibt eine Studie der Charité, die herausarbeitet, dass jeder Euro, der in die Charité investiert wird, mehrfach zurückkommt. Insofern sind die Kürzungen nicht nur wissenschaftspolitisch, sondern auch in Bezug auf die Zukunft der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in unserer Stadt äußerst fatal, und ich kann nur hoffen, dass dieser Weg nicht weiter beschränkt wird, sondern wir da noch zu anderen Lösungen kommen.

Hier wurde das Thema Regulatorik angesprochen, das uns landauf, landab intensiv in der Wissenschafts-, aber auch in der Wirtschaftspolitik beschäftigt. Wir haben mit unserem Agilitätsplan für die Berliner Wissenschaft mehrstufig schon das eine oder andere angegangen, was wir auf Landesebene tun können, jetzt auch gesetzgeberisch, aber es ist ein mehrstufiges Vorhaben. Wir werden gerade auf der Verordnungsebene in den nächsten Monaten noch einiges abarbeiten.

Ich bin sehr dankbar, dass es hier nicht nur abstrakt darum ging, Regulatorik abzubauen, sondern auch sehr konkrete Vorschläge genannt wurden. Wir haben ein breites Spektrum an Möglichkeiten, uns hier zu entfesseln. Es gibt viele Papiere, auch von erfolgreichen Start-up-Gründern der Charité, die nach der Forschungsphase dann doch in Boston oder in anderen Teilen dieser Welt gründen, auch weil die Finanziere das erwarten und sagen: Am Standort Deutschland wollen wir das so nicht investieren; wenn du also mein Geld haben willst, dann sieh zu, dass du außerhalb Deutschlands diese Wege beschreitest. – Da ist uns auch Skandinavien an der einen oder anderen Stelle einen Schritt voraus. Es sind also nicht nur die USA, sondern auch europäische Länder, und man kann man sich da einmal genauer anschauen, was noch alles möglich ist. Ich bin immer dankbar, wenn es von der abstrakten Forderung nach Entbürokratisierung sehr konkret wird, denn daran können wir uns dann auch konkret abarbeiten. Da sind jetzt einige Dinge genannt worden, inklusive der Frage, wie eigentlich das LAGeSo in der Form, wie es aufgestellt ist, politisch steuerbar, aber auch handlungsfähig ist.

Es ging mehrfach um das Thema IP. Wir waren als Ausschuss in der Schweiz, in Zürich, und haben uns angeschaut, dass es die Möglichkeit gibt, sehr einfache, klare Regeln für die IP-Auslizenzierung zu haben, die das erleichtern. Es gibt ein Konzept, dieses Konzept steht, jeder weiß, wie es funktioniert. Das ist transparent, das ist schnell, das ist erfolgreich. Wir arbeiten daran, uns vieles davon abzuschauen und mit unserer Ausgründungsplattform JUNI ein solches Modell an den Start zu bringen. Es gehört auch die Möglichkeit dazu, mit medizinischen Daten zu arbeiten. Auch da versuchen wir durchaus, das anzugehen, was uns auf Landesebene möglich ist.

Ich möchte noch sagen: Ja, auch meine Verwaltung hat Geld über den Weg einer zusätzlichen Förderung des BIH in Höhe von 4,25 Millionen Euro beigesteuert. Die 10 Millionen Euro, also 9,8 Millionen Euro, kommen allerdings dankenswerterweise von den Kollegen von SenWEB. Dann gibt es noch den Zuschuss des Bundes über 76,5 Millionen Euro über zehn Jahre für den Aufbau der Produktionsanlage. Das ist ein wunderbares Beispiel dafür, dass, wenn sich Bund, Land – das Land auch über die Charité – und private Wirtschaft die Hände reichen und jeder das tut, was möglich ist, es für so ein Projekt eine großartige Zukunft gibt, die hoffentlich diesen Wirtschaftsstandort ganz nach vorn bringt.

Aber – und das ist ganz wichtig – das ist kein Selbstzweck. Es geht darum, Krankheiten, die bislang lebensverkürzend unheilbar sind, heilen zu können. Da haben wir schon großartige Erfolge, nicht nur jenseits des Atlantiks, sondern auch hier. Wir haben alles, was wir dazu brauchen, hier am Standort in Berlin. Wir müssen es einfach nur machen und auf den Weg bringen. Das ist hier geschehen, sodass wir jetzt richtig in die Arbeit gehen und das zum Nutzen der Berlinerinnen und Berliner und weit darüber hinaus umsetzen können. Dafür bin ich allen Beteiligten, die intensiv daran mitgearbeitet haben, sehr dankbar – und natürlich dem Haushaltsgesetzgeber, der so etwas auch immer möglich machen muss.

An den regulatorischen Fragen sollten wir intensiv weiterarbeiten. Ich denke, dass wir so etwas wie einen europäischen Weg erarbeiten müssen. Denn was in den Vereinigten Staaten passiert, ist gut, aber ich denke, dass wir in Europa einige Themen haben, die uns vielleicht in mittlerer Sicht doch noch erfolgreicher machen, weil auch Akzeptanz, soziale Verantwortung und ethische Grundlagen eine starke Rolle spielen. Wir müssen unseren europäischen Weg erarbeiten, der auf der einen Seite Sicherheit und Verantwortung, aber auf der anderen Seite auch Freiheit und vor allem eine deutlich höhere Schnelligkeit miteinander vereinbart. Wir sind sehr daran interessiert, weiter gemeinsam auf diesem Weg zu schreiten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Dann ist jetzt Herr Staatssekretär Fischer, den wir eingeladen haben, an der Reihe. – Wir uns freuen, dass Sie kommen konnten, und Sie haben das Wort!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Meine sehr geehrten Kollegen Abgeordnete! Ich möchte mich zunächst herzlich für die Einladung bedanken. Es freut mich, dass Sie das Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt haben. Für uns als Wirtschaftsverwaltung ist es ein großes Ziel, Innovationshauptstadt, Innovationsstandort Nummer eins in Europa zu werden, und dafür ist die Entwicklung, die gerade beschrieben wurde, nämlich Boston an der Spree zu sein, ein ganz wichtiger Bestandteil. Die pharmazeutische Industrie – mit Bayer haben wir einen herausgehobenen Partner hier vor Ort – stellt für uns wirtschaftspolitisch einen der wichtigsten Industriezweige in der Stadt dar. Es ist nicht der einzige, das will ich auch betonen. Herr Helmstorf hat gerade die 5 000 Arbeitsplätze in Berlin genannt. Wir haben insgesamt über 100 000 industrielle Arbeitsplätze in der Stadt, da ist also noch mehr, auch in Mitte, das würde ich gern betonen. Diese sind dann vielleicht nicht in der Biotechnologie, aber in anderen Branchen unterwegs.

Die Stadtentwicklungsdimension, die Herr Kroemer anfangs angesprochen hat, stellt für uns auch ein ganz besonderes Alleinstellungsmerkmal für den Standort dar. Damit ist das Berlin Center for Gene and Cell Therapies sozusagen der Nukleus für diese Entwicklung hier am Standort. Hier werden wir in den kommenden Monaten mit Sicherheit noch einmal einen

wirtschaftspolitischen Impuls setzen, um nach außen deutlich zu machen, was dieser Standort für uns bedeutet.

Wir fördern als Wirtschaftsverwaltung zwei Dinge. Zum einen haben wir die Betreibergesellschaft anfänglich mit einem Zuschuss von knapp 10 Millionen Euro unterstützt. Dieser wird durch Bayer mit einem eigenen Beitrag ergänzt. Das ist der Startpunkt dafür gewesen, dass wir überhaupt loslegen konnten. Wir haben es im vergangenen Jahr in guter Zusammenarbeit miteinander hinbekommen, diesen finanziellen Beitrag zu leisten. Am 31. Oktober ist dann von meinem Haus auch der GRW-Förderantrag bewilligt worden. Es sind GRW-Mittel in Höhe von 14,7 Millionen Euro, die explizit den Inkubator, die Innenausstattung des Inkubators, finanzieren. Wir müssen für die GRW-Förderung immer darlegen, was tatsächlich Gegenstand ist, und dann gibt es auch eine Bindungsfrist darauf. In diesem Fall ist es der Innenausbau. Der Bund fördert über die zehn Jahre mit den 75 Millionen Euro weitere Infrastrukturmaßnahmen am Standort, und so ergibt sich dann ein Gesamtbild.

Ich will an dieser Stelle noch betonen: Das ist der Kern der infrastrukturellen Förderung dort vor Ort. Dazu gehört aber noch viel mehr, was das Land Berlin am Ende zur Verfügung stellt: die Entwicklung von Mobilitätskonzepten im Umfeld, die stadträumliche Entwicklung hier am Standort, aber auch die Förderung der Start-ups und der Unternehmen, die sich am Standort niederlassen. Denn wir haben über unsere Innovationsförderung, ob das der neue Venture-Capital-Fonds oder die Pro FIT-Förderung ist, auch noch Möglichkeiten für Unternehmen, sich hier am Standort anzusiedeln und mit einer Förderung in unterschiedlichen Stufen der Entwicklung einen positiven Impuls zu bekommen.

Das bettet sich in eine Entwicklung ein, die wir gerade auf Bundesebene sehen. Die Bundesregierung hat mit der Hightech Agenda im vergangenen Jahr sozusagen ein bisschen den Ton gesetzt. Da stehen, hoffentlich, die in Aussicht gestellten 18 Milliarden Euro auch dahinter. Wir sind dieses Jahr mit unserer eigenen Innovationsstrategie dran, die eng daran anknüpft, was die Hightech Agenda definiert. Die Biotechnologie ist beispielsweise einer der Kernpunkte der Schlüsseltechnologien, die sie dort benennen. Wir werden das in diesem Jahr mit unserer Deeptech-Agenda und der Innovationsstrategie ein bisschen matchen, um am Ende vor allem fördermittelanschlussfähig zu sein – das ist der entscheidende Punkt –, sodass wir signalisieren können: Wir sind als Bundesland bereit, in dieser Strategie in der Praxis weiter mitzuarbeiten.

Ein wesentlicher Bestandteil der neuen innovationspolitischen Ausrichtung wird auch das Thema Transfer sein. Die Frage ist hier in der Runde schon angesprochen worden: Wie bekommen wir möglichst schnell Ergebnisse aus der Wissenschaft in wirtschaftliche Praxis, und wie können wir hier noch Erleichterungen schaffen? Das haben wir dieses Jahr zum Thema gesetzt, und das besprechen wir aber explizit auch mit den Unternehmen der Pharmaindustrie in unserem Pharmadialog.

Dann gab es noch eine verwandte Frage von Frau Gebel, die nicht explizit mit dem Translationszentrum zu tun hat, sondern mit dem Medizinstandort Berlin. Wie Sie richtig sagen, hat sich die DMEA mit ihrer partnerschaftlichen Struktur dafür entschieden, den Standort Berlin zu verlassen. Wir bedauern das durchaus. Dem ist ein längerer Verhandlungsprozess mit der Messe vorangegangen. Wie wir das in anderen Fällen aber auch gehandhabt haben, haben wir als Messestandort mit unserem landeseigenen Unternehmen ein Interesse daran, nicht alles

preiszugeben, und so ist im Moment der Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Standorten ausgestaltet. Wir hätten es begrüßt, wenn man weiter mit dem Standort Berlin zusammenarbeiten wollte. Das ist nicht der Fall gewesen.

Die Messe hat aber sofort reagiert und wird mit der Smart Health Europe ein neues Messeformat mit ähnlicher Zielrichtung aufsetzen, das es bisher schon im Ausland gegeben hat, also mit dem die Messe Berlin im Ausland schon aktiv gewesen ist. Wir sind davon überzeugt, dass das Konzept sehr tragfähig ist und werden im kommenden Jahr sehen, wie sich das wirtschaftlich entwickelt. Ich bin da, ehrlich gesagt, ganz optimistisch. Wir haben starke Partner für die Smart Health Europe an Bord, und der Messestandort Berlin spricht für sich. Da gibt es durchaus positive Signale, dass das eine sehr gute Berliner Veranstaltung mit ähnlicher Zielrichtung sein wird.

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt in die Antwortrunde, und Sie haben die Möglichkeit, die von den Abgeordneten gestellten Fragen zu beantworten. Wenn Sie sich nicht anders geeinigt haben, würden wir in gleicher Reihenfolge vorgehen. – Dann hat Herr Prof. Dr. Kroemer das Wort.

Dr. Heyo K. Kroemer (Charité): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde die Fragen der Reihe nach durchgehen und zuvor eine kurze Bemerkung zu dem machen, was der Staatssekretär gerade gesagt hat, weil er ziemlich eindrucksvoll gezeigt hat, dass das Ganze ein großes Puzzle verschiedenster Teilnehmer ist, die in irgendeiner Form in ein Bild gebracht werden mussten. Es ist schon außergewöhnlich, dass das so funktioniert hat. Wenn Sie sich anschauen, wer hier was beigetragen hat und dass das Ganze unter völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen am Ende funktioniert, dann ist das wirklich außergewöhnlich.

Sie haben auf die Hightech Agenda abgehoben, und da muss ich noch sagen, dass dieses Berliner Zentrum für Zell- und Gentherapie einer der Toppunkte in der Hightech Agenda geworden ist. Das heißt, es ist auf der nationalen Ebene von Frau Bär und ihren Leuten sehr stark wahrgenommen worden.

Herr Schulze! Diese 67-33-Geschichte, die auf den ersten Blick etwas krumm ist, hat im Wesentlichen mit unterliegenden Fördermechanismen zu tun. Dafür brauchte man bestimmte Mehrheitsverhältnisse. Das hat nicht unmittelbar andere Konsequenzen. Sie können sich vorstellen: Bei dem, was wir hier tun, wird es wesentlich darauf ankommen, auch longitudinal, dass die Partner sich sehr eng vertrauen, denn das Ganze ist schon relativ komplex. Die Details der Governance kann Ihnen Herr Helmstorf erläutern.

Sie haben nach diesem Kontinuum der Ausgründungen aus der Charité und aus Bayer gefragt. Uns schwebt vor, dass aus allem, was hier am Standort entwickelt wird – der Dekan hat das BeCAT genannt –, ein kontinuierlicher Prozess in Richtung Zell- und Gentherapie wird. Wenn Sie sich gesamthaft ansehen, was aktuell an der Charité gebaut wird, plus das, was auf dem Bayer-Gelände entsteht, wird sich hier innerhalb der nächsten Jahre einer der größten diesbezüglichen Standorte in Europa entwickeln.

Die Senatorin hat auf die europäische Ebene abgehoben. Ich würde sehr gern noch betonen, dass wir unter den elf größten Universitätskliniken Europas eine sehr enge Verbindung haben. Das ist die European University Hospital Alliance, bei der die Charité in der zweiten Jahres-

hälfte wieder die Leitung übernehmen wird und bei der einer der zentralen Punkte ist, dass wir über Europa verteilt diese Zell- und Gentherapieverfahren gemeinsam entwickeln. Da sind wir also ziemlich intensiv unterwegs.

Frau Lasić hat nach Kooperationen mit der Industrie gefragt und was wir dort generell so veranstalten. Das entwickelt sich im Moment aus den Gründen, die ich vorhin genannt habe, relativ schnell. Ich nenne Ihnen einige wenige Leitgeschichten, die wir da machen, die sich außerhalb des unmittelbaren Pharmabereichs häufig in den Bereich MedTech bewegen, weil dieser für die Charité absolut essenziell ist. Wir haben seit sehr langer Zeit eine strategische Kooperation mit Philips. Da entwickeln wir bestimmte Algorithmen, die das Vitalparametermonitoring erlauben. Wir haben gemeinsame Geschäftsmodelle für die Verwertung. Es steht immer das gleiche Thema dahinter: Auch als sehr große Einrichtung wie die Charité können Sie in Zukunft nur in solchen Netzen überleben. Wir schaffen mit Philips ein Netz, bestehend aus der Vanderbilt University, der Stanford Medicine Singapore und dem Karolinska-Institut in Stockholm. Diese kommen alle in den nächsten Wochen zu uns, um so ein gemeinsames Netz im Ausbau dieser MedTech zu schaffen.

Wichtig bezogen auf etwas, das die Senatorin gesagt hat, ist: Wir bewegen uns ziemlich stark in Richtung Prävention, und Prävention geht heute sehr weit weg davon, Äpfel zu essen und kein Bier zu trinken, sondern es geht darum, personalisierte Prävention auf Hightechbasis zu machen. Ein herausragendes Projekt ist eine Kooperation mit Siemens. Sie wissen, dass Siemens Healthineers international das führende Unternehmen in moderner Bildgebung ist. Wir verwenden jetzt die Bildgebungswerkzeuge von Siemens unter anderem in dem Präventionscampus, den wir am Benjamin Franklin bauen, der zum einen aus der Spende von Friede Springer und zum anderen aus dem Exzellenzcluster besteht. Wir verwenden diese Technologien in diesem Bereich, um sehr früh vorhersagen zu können, wenn bestimmte Krankheiten entstehen, und zwar basierend auf moderner Bildgebung.

Wir machen auch noch einige andere Sachen. Diese werden Sie in der nächsten Zeit sehen. Wir sind dabei, eine GmbH mit der Schwarz Gruppe zu gründen, wo es um bestimmte Services im Datenbereich für Externe geht. Es gibt also eine Vielzahl von diesbezüglichen Aktivitäten.

Sie alle fragten nach der Entbürokratisierung. Der Dekan hat es schon gesagt: Manche Prozesse dauern einfach zu lange, etwa wenn Sie bestimmte Zelltherapien zulassen wollen. Angenommen, Sie haben eine Zelltherapie entwickelt, um einen bestimmten Typ schwerkranker Kinder zu heilen. Wenn Sie dann über ein Jahr brauchen, um das geprüft und zugelassen zu bekommen, kann man sich schon, ohne das zu dramatisieren, vorstellen, dass die Krankheit nicht unbedingt darauf wartet, bis irgendwann jemand seinen Haken dahinter gemacht hat. Das ist extrem wichtig, und es ist extrem komplex, aber sich noch einmal gemeinsam anzuschauen, wie man das verbessern kann, würde diesem ganzen Setting einen wesentlichen Fortschritt geben.

Frau Gebel hat nach den Möglichkeiten gefragt, das in eine Kassenabrechnung zu bekommen. Deutschland, das ist kaum bekannt, ist das Land, in dem es mit am schnellsten gelingt, innovative Therapien in eine Erstattung zu bekommen. Ich habe Ihnen diese neue Form der Gentherapie bei der Sichelzellanämie genannt. Das ist ein zugelassenes Verfahren, kommerziell

verfügbar. Das ist auch insofern interessant, als eine solche Therapie über 2 Millionen Euro kostet.

Sie haben die bedeutende Messe angesprochen, die jetzt nach München geht. Ich würde gern dazu sagen, dass wir hier im Moment etwas Alternatives versuchen, und zwar mit der Messe zusammen, also Charité, Hasso-Plattner-Institut und BIH mit der Messe Berlin. Wir werden vom 9. bis 11. Juni 2026 eine neue Messe hier etablieren. Diese wird bio:cap heißen. Wenn Sie überlegen, was hinter dem Projekt steht, das wir heute besprechen, ist das ein Zusammenspiel von Kapital, Politik und Innovation. Diese Gruppen werden üblicherweise nicht auf einer Messe zusammengeführt, und das wollen wir zum ersten Mal probieren. Es gibt ein ziemliches Interesse daran, und es lohnt sich vielleicht auch politischerseits, einmal hinzugehen und sich anzuschauen, wie diese Leute miteinander interagieren.

Herr Trefzer! Sie haben nach den ethischen Fragen gefragt. Bei dieser Gentherapie geht es weniger darum, dass Sie ein Baby designen, sondern dass Sie einem eigentlich schwerstkranken kleinen Menschen ein langes Leben ermöglichen. Trotzdem ist diese Grundfrage, was ethisch in den nächsten zehn Jahren in der Medizin passiert, von zentraler Bedeutung, denn wir haben einen so schnellen Fortschritt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass am Ende alle alles bekommen, immer kleiner wird und die Entscheidung getroffen werden muss: Wer bekommt eigentlich am Ende therapeutisch was? – Das ist eine Geschichte, die Sie unter gar keinen Umständen in der Medizin beantworten können. Das ist eine gesellschaftliche Frage, mit der man sich auseinandersetzen muss. Um uns darauf vorzubereiten, haben wir sehr früh dafür geworben – das hat zuerst ein bisschen Irritationen ausgelöst –, dass im Aufsichtsrat der Charité eine Medizinethikerin sitzt. Das ist Alena Buyx, die frühere Vorsitzende des Deutschen Ethikrats. Sie ist in unserem Aufsichtsrat, und zwar genau deshalb, weil wir damit rechnen, dass diese Fragen in den nächsten zehn Jahren sehr dominant werden.

Verschiedene von Ihnen haben danach gefragt, wie das genau mit den Start-ups wird und wo sie herkommen. Das Problem, diese Frage zu beantworten, besteht darin, dass es bis jetzt weltweit kein vergleichbares Konstrukt gibt. Das heißt, diese Möglichkeit, dass Sie als Start-up irgendwo hineingehen und für die Gentherapie das komplette Umfeld gestellt bekommen, gibt es bisher nicht. Wir rechnen damit, dass es durchaus einen internationalen Wettbewerb in dieser Angelegenheit gibt. Insofern ist auch eine konkrete quantitative Messbarkeit des Erfolgs im Moment schwierig. Wir werden sie bezüglich der Rahmenbedingungen genauso behandeln wie andere Start-ups an der Charité. Wir sind von der Zielsetzung ausgegangen, dass wir am Ende etwa 20 Start-ups in diesem Gebäude haben werden. – Das war das, was ich gern zu Ihren Fragen sagen wollte.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist jetzt Herr Prof. Dr. Spranger an der Reihe.

Dr. Joachim Spranger (Charité): Vielen Dank! – Ich würde jetzt nicht auf die einzelnen Fragesteller eingehen, sondern es im Querschnitt beantworten. Ganz viel ist schon gesagt worden, das will ich nicht alles wiederholen. Eine Frage zielte immer wieder in Richtung IP in diesem Konstrukt. Um das noch einmal klar zu sagen: Die Start-ups, die dort hineinkommen, kommen natürlich nicht alle von Bayer oder von der Charité, sondern das ist grundsätzlich offen. Wir erwarten, dass dort Start-ups aus ganz Deutschland und auch international hineingehen. Diese haben ihre eigenen IP-Regelungen und bringen ihre eigenen IPs mit. Es ist nicht die Vorstellung, dass wir dann an diesen IPs in irgendeiner Form partizipieren, sondern das ist eigentlich vorher schon geregelt.

Auf die Frage, wer steuert, geht vielleicht Herr Helmstorf noch ein, deshalb würde ich darauf jetzt nicht weiter eingehen, sondern nur noch auf die Frage der bürokratische Hürden zielen. Ich möchte noch einmal deutlich machen: Die Schwierigkeit ist, dass die ganzen Regularien, die wir haben, eigentlich darauf ausgerichtet sind, dass wir Therapien bekommen, die dann sozusagen in einer Großserie in den Markt gehen. Im Bereich der Gen- und Zelltherapie ist es aber so, dass wir individualisierte Therapien haben. Das heißt, jedes Kind bekommt auf eine gewisse Art theoretisch seine eigene Therapie. Darauf werden aber Herstellungsregeln angewendet, die für die Großserie gemacht sind. Das heißt, jeder Schritt wird extrem präzise nachgehalten, was auch nachvollziehbar ist. Das ist auch gar kein Fehler im eigentlichen Sinne, aber dadurch sind die Prozesse langsam und werden am Ende einer individualisierten Therapie, so wie wir das als Beispiel in Philadelphia hatten, nicht gerecht.

Es gibt da schon Dinge, die man konkret machen kann. Herr Helmstorf hat schon ein paar genannt. Ich will einmal ein Beispiel nennen: In der EU gibt es die Hospital Exemption. Das ist die sogenannte Krankenhausausnahme. Es ist in der EU sehr unterschiedlich geregelt, wie man damit umgeht, und in Deutschland sind wir da eher restriktiv. Damit ist gemeint, dass Krankenhäuser innovative Therapien, die noch nicht zugelassen sind, selbst machen können. Das ist in Spanien beispielsweise fast parallel wie ein Zulassungsverfahren und wird dort sehr breit genutzt. Bei uns wird es sehr restriktiv genutzt, und es ist im Prinzip trotz dieser Hospital Exemption so, dass man in einen vollen Zulassungsprozess gehen muss.

Es wird also sehr unterschiedlich gehandhabt, und man hat, glaube ich, schon Möglichkeiten, Prozesse zu beschleunigen. Das ist der zweite entscheidende Punkt in meinen Augen: Man könnte bei den Zulassungsverfahren die Bearbeitungszeiten deutlich verändern, indem man zum Beispiel Fristen einzieht, in denen auch eine Reaktion seitens der Behörden erfolgen muss. Wenn man das machen würde, wäre sichergestellt, dass, zumindest wenn alle Unterlagen vorliegen, dann auch eine zügige Bearbeitung erfolgt. Das ist momentan nicht gegeben. Ich will das nicht als generellen Vorwurf an die Behörden richten, sie machen da auch ihren Job, aber es ist schon so, dass wir in verschiedenen Bereichen, sei es bei Tierversuchen oder eben bei den Zulassungen für Gen- und Zelltherapien, wirklich lange Bearbeitungszeiten haben, die man, glaube ich, verkürzen könnte. – Das wäre es auf die Schnelle, und ich denke, Herr Helmstorf wird das noch ergänzen. – Danke!

Vorsitzende Franziska Brychey: Vielen Dank! – Erst einmal ist noch Herr Dr. Merz an der Reihe. – Sie haben das Wort!

Dr. Alfred Merz (ProBioGen AG): Vielen Dank! – Zur Frage, wie wir von der Weltpolitik beeinflusst sind: Dadurch, dass wir Material für klinische Studien herstellen, sind das sehr

geringe Mengen, und wir sind zum Glück bisher nicht den zollpolitischen Dingen ausgesetzt gewesen. Wir haben keine Sonderzölle auf unsere Produkte erfahren. Die meisten gehen tatsächlich in die USA. Unsere Konkurrenten finden sich weltweit, zunehmend auch in China. Von daher denken wir, dass die, wie soll ich sagen, geografischen Entwicklungen und der Trend, dass die USA Arzneimittel, die in China entwickelt wurden, nicht zulassen und nicht für staatliche Institutionen nutzen wollen, vielleicht helfen könnten, dass Unternehmen eher im amerikanischen und europäischen Raum Entwicklungen beauftragen. Wir haben da in den letzten Monaten keinen großen Rush gesehen, aber wenn Sie fragen, wie uns die Weltpolitik beeinflusst, ist das sicher ein ernst zu nehmender Faktor.

Bezüglich der Arbeitskräfte kann ich sagen: Ich habe tatsächlich schon Anrufe von Leuten bekommen, die aus den USA zurückkommen wollen und hier einen vergleichbaren Job suchen. Das könnte uns helfen, weil die Leute sehr viel relevante Erfahrung mitbringen. Dafür sind wir auch sehr offen. Aber man muss gar nicht unbedingt weltweit schauen. Viele unserer Wissenschaftler haben vielleicht in Braunschweig, in Hannover oder in Hamburg studiert und kommen für einen ersten Arbeitsplatz gern nach Berlin. Wir können unsere Stellen eigentlich recht gut besetzen, muss ich sagen.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen Dank! – Dann ist Herr Helmstorf an der Reihe.

Tobias Helmstorf (Bayer AG): Sehr gern! Dann mache ich weiter. – Vielleicht ein paar Informationen zu dem Gebäude: Das Gebäude ist ein Hochhaus. Es sind insgesamt neun Stockwerke. Das Berlin Center for Gene and Cell Therapies wird davon fünf Stockwerke belegen, es gibt also noch vier weitere Stockwerke. In zwei davon wird Bayer Co.Lab einziehen. Das ist ein Bayer-spezifischer Inkubator, der an das Innovationsgeschehen in Bayer ausgerichtet ist. Das sind Start-ups, mit denen wir ganz konkret eng zusammenarbeiten werden. Es ist auch Teil dieses Bekenntnisses zu Berlin, dass sich einer von weltweit vier Inkubatoren, ein Co.Lab, hier in Berlin befindet. Die anderen sind in Boston, in Shanghai und in Kōbe in Japan. Dieser Inkubator hat eine etwas andere Ausrichtung als das Berlin Center for Gene and Cell Therapies, sodass es da nicht zu Konkurrenzsituationen kommt. Dann gibt es noch zwei weitere Etagen, die bisher noch nicht vermietet sind. Wir werden aber darauf achten, dass dort jemand einzieht, der im weitesten Sinne etwas mit diesem Thema zu tun haben wird.

Das Gebäude selbst ist, wie schon gesagt, ein sehr besonderes Gebäude. Weltweit ist mir, ehrlich gesagt, nur ein weiteres Projekt bekannt, nämlich in Philadelphia, das einen ähnlichen Ansatz führt. Die sind aber nach uns gestartet – und etwas vor uns fertig, muss man sagen, obwohl wir schon wirklich schnell sind. Wir schaffen es, das Ganze innerhalb von knapp acht Jahren auf die Beine zu bringen. Ich glaube, dass ist für ein solches Projekt ziemlich gut, vor allen Dingen, da wir über ein ganz neues Partnerschaftsmodell sprechen, wo nämlich Private und die öffentliche Hand miteinander arbeiten, um das umzusetzen. Der Spatenstich ist im September erfolgt. Gerade finden Bauarbeiten statt, und wir gehen davon aus, dass in den nächsten Monaten die ersten Etagen zu sehen sein werden und im Dezember schon mit dem Innenausbau begonnen werden kann. Da wollen wir wirklich schnell unterwegs sein. Im Frühjahr 2028 soll das Zentrum dann eröffnen.

Der Inkubator ist, wie ich schon gesagt habe, ein sehr besonderer Inkubator, weil wir dort über voll ausgestattete Labor- und Büroflächen reden. Das ist für Start-ups gegenwärtig eine große Herausforderung. Man kann in Berlin zwar leere Flächen mieten, die sich eignen, um

Laborräume einzubauen, aber das ist immer mit einem erheblichen finanziellen und zeitlichen Aufwand verbunden. Man muss sich diese Fläche erst einmal ansehen, mieten und dann ausstatten. Da fährt man nicht zu einem großen Möbelhaus, kauft und baut das dann selbst auf, sondern es dauert eine gewisse Zeit. Das ist hier also ein erheblicher Vorteil. Es war immer unser Ansatz zu sagen: Wenn Start-ups in das Zentrum kommen, sollen sie faktisch die Möglichkeit haben, am nächsten Tag anzufangen, um möglichst schnell tätig zu werden und sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren, nämlich die Entwicklung ihrer innovativen Therapien voranzubringen.

Wie sieht das Leben aus? Danach haben Sie gefragt, Frau Lasić. Wir stellen uns, wie schon erwähnt, vor, dass bis zu 20 Start-ups in dem Zentrum sein werden. Es ist aber nicht so, dass diese Start-ups 2028 einziehen und dann nie wieder ausziehen und für immer da drin bleiben werden, sondern unsere Idee ist, dass dies ein Beschleuniger, eine Brutstätte ist. Diese Start-ups werden sich auch einem Wettbewerb unterziehen müssen. Mietverträge werden zwischen dem Start-up und dem Zentrum erst einmal über eine gewisse Zeit vereinbart, um sogenannte Zombie-Start-ups zu vermeiden. Es gibt viele Start-ups, die gegründet werden, und dann erreicht man nicht mehr weitere Entwicklungsmeilensteine und vegetiert sozusagen vor sich hin, hat vielleicht auch eine Finanzierung, die mehr schlecht als recht ist, und schafft es nicht, diese Produkte zu skalieren und die nächsten Entwicklungsschritte zu erreichen. Das soll in dem Zentrum nicht passieren. In diesem Fall werden dann auch diese Mietverträge beendet werden, und man wird sich nach weiteren Start-ups umsehen.

Die Start-ups werden nicht aus Bayer kommen, denn Bayer gründet keine eigenen Start-ups, sondern sie werden hoffentlich aus der Charité und aus dem akademischen Umfeld in Berlin kommen, aber wir wollen natürlich auch, dass Start-ups aus ganz Deutschland, Europa und international nach Berlin kommen. Das ist ein großes Ziel. Wir wollen dieser internationale Hotspot werden, der eine Magnetwirkung für Start-ups, Forschende, Gründerinnen und Gründer aus aller Welt hat. Wir sind in diesem Bereich auch schon sehr aktiv. Eine Geschäftsführerin des Zentrums ist regelmäßig auf den wichtigsten internationalen Messen unterwegs, um dieses Zentrum zu bewerben, also Standortmarketing zu betreiben. Wir sind in Netzwerken aktiv. Da passiert ganz viel. Das BIH, das Berlin Institute of Health, hat ein eigenes Programm dazu entwickelt, GeneNovate nennt sich das, um deutschlandweit dieses ganze Gründungsgeschehen voranzutreiben. Wir hoffen darauf, dass durch die Angebote, die wir im Zentrum leisten, viele dieser Start-ups nach Berlin kommen. Ein großes Augenmerk liegt beispielsweise auf China, denn anders, als man das überall sieht und hört, ist es im Biotechbereich nicht so, dass die Chinesen die verlängerte Werkbank der Amerikaner oder der Europäer sind, sondern sie sind hochinnovativ. Man kann sagen, dass da gegenwärtig extrem viel an Innovationsgeschehen passiert. Die Regulatorik, von der wir hier gesprochen haben, geht dort viel schneller. Es gibt neue Entwicklungen, die sagen, dass Start-ups eigentlich in China aktiv sein müssen, und das wollen wir umdrehen und hoffen darauf, dass auch chinesische Gründerinnen und Gründer hier nach Berlin kommen.

Vielleicht noch kurz zum Leben in dem Zentrum: Wichtige Bestandteile sind unter anderem, dass sich Start-ups untereinander austauschen, und die Anbindung an die Industrie, an weitere Industriepartner wie etwa die ProBioGen, und auch an Bayer. Wir sind gegenwärtig dabei, ein Mentorenprogramm aufzubauen, ein Facilitatorenprogramm, in dem Gründerinnen und Gründer die Werkzeuge an die Hand bekommen und lernen, was man machen muss, um ein Unternehmen zu führen und diese neuen Therapien in die Anwendung zu bringen. Das heißt,

Unterstützung im ganzen Entwicklungsbereich: Wie setze ich klinische Studien auf? Wie beantrage ich Zulassungen bei der Europäischen Arzneimittel-Agentur, der EMA? Wie führe ich GMP-Prozesse? – Es ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der Partnerschaft, dass die ProBioGen AG dieses Mentorenprogramm für Gründerinnen und Gründer anbietet. Ich will jetzt nicht vorgreifen, aber es geht darum, dass Wissenschaftler aus den Start-ups mit in die GMP-Anlage gehen und dort sehen, wie diese Prozesse entwickelt werden. Das ist ein ganz kritischer Punkt. Wir gehen davon aus, dass gegenwärtig ein hoher zweistelliger Prozentsatz an Start-ups gerade an dieser Prozessentwicklung scheitert, und wenn wir das durch die hervorragenden Kenntnisse der ProBioGen ändern können, haben wir einen ganz wichtigen Standortvorteil in Deutschland und Berlin.

Zu IP wurde schon etwas gesagt. Die IP-Rechte verbleiben bei den Start-ups. Das funktioniert ganz einfach nach dem Arm's-length-Prinzip. Wir verstehen das Zentrum als einen Marktplatz. Das Ziel ist natürlich, dass Start-ups irgendwann große Kooperations- und Entwicklungspartner finden, mit denen sie zusammenarbeiten können. Das ist durch die gesamten rechtlichen Strukturen sichergestellt.

Zum Thema Regulatorik: Es gibt ein neues Papier, in dem sich verschiedene Unternehmen des Landes Berlin mit konkreten Vorschlägen äußern. Das Papier ist in den finalen Zügen. Das werden wir dann hier und natürlich auch dem Senat zur Verfügung stellen. Aus unserer Sicht ist es ein wichtiger Punkt, dieses Thema Regulatorik anzugehen, denn die Pharma- und Biotechnologieindustrie ist eine hochregulierte Industrie. Es gibt praktisch keinen Entwicklungsschritt, der nicht reguliert ist – von der Forschung und Entwicklung bis hin zum In-den-Markt-Bringen. Das heißt, man bekommt nur eine Erstattung, wenn man mit Behörden zusammenarbeitet und kooperiert. Das heißt aber andererseits, dass die Industrie ein hohes Know-how und Wissen in diesem regulatorischen Bereich hat. Es gibt viel Austausch in diesem Bereich. Wir haben aber zusätzlich noch die Herausforderung, dass man in Europa über drei verschiedene Regulationsebenen spricht. Auf europäischer Ebene ist die Europäische Arzneimittel-Agentur für die Zulassung der Therapie verantwortlich, bevor sie national erstattet wird. In Deutschland gibt es auf Bundesebene regulatorische Behörden wie das Paul Ehrlich-Institut, das PEI, das beispielsweise zuständig ist, um klinische Studien zuzulassen. Und dann haben wir die Landesebene. Das ist sozusagen die unterste Ebene, auf der Behörden dafür zuständig sind, klinische Studien zu überwachen, die GMP-Zertifizierung zu überwachen, aber auch GMP-Zertifizierung zu erteilen.

Darum dreht sich dieses Papier: Wie kann man hier in Berlin zu einem guten Standort werden? – Da gibt es eine Reihe von Vorschlägen. Einige Dinge habe ich schon genannt. Aus unserer Sicht ist die große Herausforderung, dass Deutschland in diesem Bereich versucht, Gold-Plating zu betreiben, also alles besser zu machen als andere Standorte. Es gibt auf Landesebene auch die große Herausforderung, dass sich dort viele Behörden nicht miteinander austauschen, das heißt, Verfahren und Prozesse werden in Berlin anders gemacht als in Brandenburg und ganz anders als in Sachsen. Ein Beispiel ist, dass man in Konsultationsverfahren geht, und das haben wir für dieses Zentrum erreicht. Wir haben es geschafft, frühzeitig mit dem LAGeSo zu interagieren und zu sagen: So ungefähr stellen wir uns beispielsweise das Design der GMP-Anlage vor. Geht das in die richtige Richtung, müssen wir bestimmte Sachen beachten? Da geht es um Drücke und so weiter und so fort. Das ist wichtig für Unternehmen, weil man danach seine Planung ausrichten kann. Im schlimmsten Fall sagt die Behörde: Baut erst einmal, wir nehmen dann ab und erteilen die Zertifizierung. – Dann kommt

sie zur Inspektion und sagt: Tut uns leid, damit gibt es keine Genehmigung, ihr müsst umfangreich umbauen. – Das kostet extrem viel Zeit und natürlich auch extrem viel Geld, das schon investiert wurde. Das ist also ein wichtiger Teil, den man hier im Land Berlin angehen kann.

Vielleicht noch spezifisch gesagt: Die Inspektion ist eine große Herausforderung, das habe ich schon gesagt. Dort dauert es beispielsweise sehr lange, bis Berichte erstellt werden. Unternehmen warten teilweise viele Monate, und kurz bevor eine neue Inspektion stattfindet, werden diese Berichte erstellt. Dann schafft es ein Unternehmen natürlich nicht mehr, bestimmte Sachen umzusetzen. Aus Bayer-Sicht muss man dazu sagen: Für Bayer ist das kein großes Problem, weil wir viele Mitarbeiter haben, die sich auf diese Prozesse und die Anforderungen von Behörden einstellen können. Aber es geht um kleine und mittelständische Unternehmen, die im pharmazeutischen Bereich tätig sind, und vor allen Dingen um Start-ups, die diese Erfahrung nicht haben, wie man mit Behörden arbeitet. Das ist also ein wichtiger Punkt.

Vielleicht noch ein paar Ausführungen zum Tierschutzverbandsklagerecht: Grundsätzlich sind wir uns alle einig, dass wir sagen, Tierversuche sollen nur dort stattfinden, wo sie unbedingt notwendig sind. Wir schauen natürlich auch nach alternativen Methoden. Das ist ein grundlegender Standard. Wir verstehen auch, dass es hier einen Interessenkonflikt zwischen Tierwohl und Forschungs- und Wirtschaftsstandort gibt. Gleichwohl muss man schauen, wie man bestimmte Regelungen trifft, und bei dem Verbandsklagerecht ist die größte Herausforderung, dass es zu Unsicherheiten in der behördlichen Praxis geführt hat, sprich zu häufigen Nachfragen durch das LAGeSo, und das führt wiederum zu Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren. Frau Gebel! Sie haben gefragt, was das ganz konkret bedeutet. Vor Kurzem war ein Gründer beim Berliner Pharmagespräch, der auch bei uns am Campus sein Unternehmen hat. Er war mit einer Delegation in Boston, und der Senat war auch vor Ort, und hat sich in Boston angeschaut, wie das Unternehmen dort tätig ist. Er hat eindrucksvoll berichtet, dass in den USA, wo diese Tierversuche dann stattfinden, die Genehmigung innerhalb von sechs Wochen erteilt wurde, während es hier im Land Berlin mehr als ein Jahr gedauert hätte. Das sind diese konkreten Auswirkungen, wo man schauen sollte, wie man das beschleunigen kann.

Es gab es noch Fragen zur Steuerung der GmbH. Ein wenig habe ich dazu schon gesagt. Es gibt drei zentrale Organe der GmbH oder des Berlin Center, nämlich einmal das sogenannte Selection Committee, das Auswahlgremium. Das entscheidet konkret aufgrund der wissenschaftlichen Exzellenz und Fragen der Unternehmensführung – also wie ist das Unternehmen finanziell aufgestellt –, ob dieses Start-up in das Zentrum einziehen kann. Dann gibt es das Steering Committee. Das ist ein Gremium auf Vorstandsebene. Die Herren, die rechts von mir sitzen, sind dort Mitglied. Da trifft man partnerschaftlich die Absprachen über wesentliche Fragen, also in welche Richtung das Ganze gesteuert wird und auf welche Themen man sich fokussieren sollte. Dann gibt es die Geschäftsführung, also einen Geschäftsführer vonseiten der Charité und eine Geschäftsführerin vonseiten der Bayer AG, die gemeinsam zu vielen Fragen tagtäglich operative Entscheidungen treffen werden.

Letzter Punkt, die Finanzierung: Frau Senatorin! Sie haben dieses Thema angesprochen. Ich kann Ihnen da nur zustimmen, das ist eines der ganz zentralen Themen. Wie bekommt man eine bessere Finanzierung hin? – Der Gründerfonds, der durch den Senat beschlossen wurde, ist ein sehr guter erster Schritt. Gleichwohl ist das kein Thema, das man nur auf Landesebene

lösen kann, sondern da braucht man europäische Lösungen. Wir wissen, dass bei Start-ups, wenn sie aus der Akademia herausgehen, die erste Finanzierung noch funktioniert, weil man da mit 5 Millionen Euro sehr weit kommt. Wenn man dann aber über Skalierung spricht, also in den Bereich der klinischen Studien eintritt, braucht man dreistellige Millionenbeträge, und das ist wahrscheinlich nicht nur von einer einzelnen Akteursseite aus zu bewältigen, sondern da braucht man Geschlossenheit zwischen der europäischen Ebene, der Bundesebene, aber auch der Privatwirtschaft. Dazu gibt es viele sehr gute Vorschläge, was man auf Bundesebene machen kann. Da gibt es tolle Entwicklungen auf Bundesebene. Ein Thema, das man auf jeden Fall angehen sollte, ist die Frage nach dem europäischen Finanzmarkt, also wie bekommt man einen europäischen Finanzmarkt hin. Denn das ist die allergrößte Herausforderung hier, dass man es nicht schafft, Unternehmen zu finanzieren und sie an die Börse zu bringen. – Ich glaube, das sind die wichtigsten Themen. Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Brychcy: Herr Lindemann! Möchten Sie noch ergänzen?

Lars Lindemann (Bayer AG): Ich möchte an einer Stelle gern ergänzen. Frau Abgeordnete Gebel! Sie haben nach der Krankenkassenabrechnungsfähigkeit gefragt, und das gibt mir Gelegenheit, das ein Stück weit in einen größeren politischen Rahmen einzuordnen. Wenn Sie nach dieser Fähigkeit fragen oder auch, ob wir uns im Laufe des Prozesses diese Frage stellen: Selbstverständlich tun wir das, aber in erster Linie steht da eine gesamtgesellschaftspolitische Frage: Wollen wir in Deutschland schnellen Zugang zu innovativen Therapien haben, und wenn ja, wie organisieren wir das? Noch ist es so – Herr Prof. Kroemer hat schon darauf abgehoben –, dass wir da in Deutschland im europäischen Vergleich recht schnell sind. Wir stehen aber in einem internationalen Wettbewerb, und da müssen wir uns bewähren.

Da kommt man ziemlich schnell zu der Frage: Wie refinanzieren wir Innovationen in Deutschland? Das hat im Moment, Sie alle wissen das, ein geopolitisches Ausmaß. Wir haben einen hohen Druck aus Amerika, dass man dort nicht mehr bereit ist, das sogenannte Trittbrettfahren der Europäer und anderer Länder zu akzeptieren. Ob das richtig oder falsch ist, lassen wir jetzt einmal dahingestellt. Es geht aber im Kern um die Frage, wie wir uns dieser geopolitischen Herausforderung stellen, und dieser stellt man sich in erster Linie, indem man sich auf die eigenen Fähigkeiten besinnt und ein klares Bekenntnis zu dem Standort abgibt. Das hat Bayer mit der Charité zusammen hier in Berlin getan. Wir haben die besten Voraussetzungen, in diesem Wettbewerb zu bestehen. Wir müssen das aber alle miteinander gemeinsam wollen. Ich habe heute hier für die Bayer AG wahrgenommen, dass Berlin das möchte, und ich kann Sie nur bitten, das weiter so fortzutragen, und zwar auch über nächste Wahltermine hinaus, wie immer sich der Senat dann zusammensetzt. Das Wichtigste, das die pharmazeutische Industrie an diesem Standort hier braucht, ist Planungssicherheit. Was wir nicht brauchen, ist, dass permanent neue Regeln erfunden werden, die uns vor permanent neue Aufgaben stellen, sondern geben Sie uns Planungssicherheit, so wie das hier angefangen worden ist. So würden wir das gern forttragen.

Ich kann es gern noch konkreter sagen: Wir müssen in Deutschland jetzt einen Weg gehen und uns fragen, wie wir das in der Zukunft machen. Herr Prof. Kroemer hat Therapien mit Einzelkosten von 1 bis 2 Millionen Euro angesprochen und hat es eher medizinethisch für die Charité aufgehängt, dass man die Frage beantworten muss. Am Ende ist es eine wirtschaftliche Frage, und deswegen ist es so wichtig, dass auch in Berlin erkannt worden ist, dass wir dort nicht nur über Gesundheitspolitik reden. Wir reden in diesem Bereich auch über Wirt-

schaftspolitik und wirtschaftspolitisch attraktive Rahmenbedingungen. Das ist eine Antwort, die wir als Deutschland, die wir als Teil Europas, als Europäer mit Blick auf die Herausforderungen aus Amerika geben müssen und auch geben können. Wir haben eine Menge zu bieten. Wir sind 500 Millionen Europäer. Es geht nicht nur um Amerika, es geht auch darum, dass wir etwas zu bieten haben. Wir sind exzellent bei der Forschung. Wir müssen besser bei der Übersetzung werden, und hier hat Berlin mit uns gemeinsam hervorragende Schritte gemacht, die wir gern weitergehen würden.

Vorsitzende Franziska Brychcy: Vielen herzlichen Dank! – Dann sind wir für heute am Schluss der Anhörung. Im Namen des gesamten Ausschusses möchte ich mich ganz herzlich bedanken, dass Sie heute mit Ihrer Expertise bei uns im Ausschuss waren, und dass wir die wissenschaftliche und die wirtschaftliche Seite beleuchten konnten! Danke schön!

Dann frage ich noch, ob wir die Besprechung heute abschließen oder vertagen wollen. – Wir können sie abschließen. Vielen Dank! Dann schließen wir die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0138](#)
Weizenbaum-Institut auf dem Weg in die
Verstetigung WissForsch
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 04.11.2024

- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 der [0194](#)
Verfassung von Berlin WissForsch
Drucksache 19/2870
Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen
der Bundesrepublik Deutschland, dem Land
Brandenburg und dem Land Berlin über die
gemeinsame Förderung des Weizenbaum-Institut
e. V. gemäß Art. 91b GG
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.